Nr. 335 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 161

Abend-Ausgabe

2 Mark

Bezugspreis:
Vierteljährlich 180.— M., monatlich 60.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, sowie Oesterreich u. Luxemburg 166.— M., für das übrige Ausland 142.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 8.— M. Reklamezeile 25.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 7.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 6.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 4.— M., jedes weitere Wort 3.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 10.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295 und 2506—2507

Dienstag, den 18. Juli 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptexpedition u. Inseraten-Abteilung: Dönhoff 2506—2507

Selbstmord der Mörder.

Vor der Festnahme erschossen.

Halle, 17. Juli. Die Rathenau-Mörder wurden gestern abend durch Hallesche Kriminalbeamte auf Burg Saaleck bei Bad Kösen ermittelt. Sie haben sich vor ihrer Festnahme im Burgturm erschossen.

Ein Hoch auf Ehrhardt.

Halle, 18. Juli. (WTB.) Zur Auffindung der Rathenau-Mörder ist noch folgendes zu berichten: Am Sonntag abend meldeten hier zwei an Burg Saaleck vorbeigekommene Ferienkouristen, daß sie

im Turm der Burg Licht

bemerkt hätten und daß nach ihren Feststellungen sich dort die Mörder Rathenaus aufhalten müßten, obwohl der Schriftsteller Dr. Stein, der auf der Burg ein Einsiedlerleben führt, verreist sei. Kriminalbeamte aus Halle begaben sich sofort nach Bad Kösen und versuchten am Montag, den Zutritt zu dem abgeschlossenen Turm zu erzwingen. Während Verstärkungen herbeigeholt wurden, erschienen die beiden Mörder auf der Balustrade vor dem Turm, winkten den an dem Turm Vorüberkommenden zu und

brachten ein Hoch auf Ehrhardt aus.

Als die Kriminalbeamten um 7 Uhr abends zurückkehrten und die Tür mit Axthieben zertrümmert hatten, fanden sie die

beiden Mörder mit Kopfschüssen tot

auf. Beide trugen die bezeichnete Kleidung.

Das Nest beim Einsiedler.

Halle, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Unweit von Naumburg, gegenüber der Rudelsburg, erhebt sich das halbverfallene Gemäuer der Saaleck-Burg. Seit Jahren wohnt dort ein Einsiedler, der Schriftsteller Dr. Stein, der in einem noch erhaltenen Raume des Burgturmes sein Domizil aufgeschlagen hat. Dieser Dr. Stein ist nun seit einigen Tagen flüchtig. In seinem Wohnraum haben sich die beiden Mörder seit Donnerstag aufgehalten. Die Hallesche Kriminalpolizei erhielt die erste Nachricht über den Aufenthalt der Gesuchten Sonntag nachmittag. Zwei hiesige Kaufleute entdeckten im Burggemäuer zwei junge Leute, auf die das bekanntgegebene Signalement der Rathenau-Mörder paßte. Der Kriminalinspektor Holters ging sofort auf die Angaben ein und schickte Montag früh zwei zuverlässige Beamten der Halleschen Kriminalpolizei nach Naumburg. Als diese auf der Saalecks-Burg anlangten, fanden sie die Angaben der beiden jungen Kaufleute bestätigt. Sie versuchten vergebens in den Burgturm einzudringen, der von innen versperrt war. Der Oeffnungsversuch eines hinzugezogenen Schlossers scheiterte an der Eigenart der dort noch im Gebrauch befindlichen altertümlichen Türschlösser. Unter Beobachtung aller Vorsichtsmaßnahmen holten die beiden Kriminalisten von der Naumburger Schutzpolizei Verstärkung. Die Burg wurde umstellt und die Beamten gingen mit Gewalt gegen das Mördernest vor. Nachdem die Tür mit einer Axt gewaltsam erbrochen war, drangen die Beamten in das Innere ein. Sie konnten leider die Selbstentleibung der beiden Mörder nicht mehr verhindern, die durch Pistolenschüsse ihrem Dasein ein Ende gemacht hatten.

Das Versteck im Turm.

Magdeburg, 18. Juli. (Soz. Parlamentsdienst.) Im Laufe des Sonntags wurde der Kriminalpolizei in Halle a. d. S. mitgeteilt, daß zwei Männer, auf die die Beschreibungen der Rathenau-Mörder zutreffen, auf Burg Saaleck sich aufhalten und zwar in einer auf der Burg eingerichteten Wohnung, die von einem Dr. Stein bewohnt wird. Am Sonntag vormittag begaben sich zwei Kriminalbeamte nach Saaleck. Sie stellten fest, daß der Besitzer der Wohnung abgereist war. Vermutlich hat Dr. Stein seine Wohnung den beiden Rathenau-Mördern freiwillig überlassen und sich dann entfernt. Bis zum Nachmittag beobachteten die beiden Kriminalbeamten die Wohnung und konnten dann feststellen, daß tatsächlich zwei Personen in der Wohnung sich befinden. Sie drangen in den Turm ein und standen schließlich vor einer verschlossenen Dachkammertür, die nicht zu öffnen war. Darauf holten sie Verstärkung von der Naumburger Schutzpolizei. Die Tür wurde gewaltsam geöffnet. In der Dachkammer lagen die zwei Gesuchten tot am Boden. Sie hatten sich beide Kopfschüsse beigebracht. Vorher sollen sie sich noch am Fenster sehen gelassen und ein Hoch auf Ehrhardt ausgebracht haben. Die Ortsbesichtigung findet im Laufe des Dienstag vormittag statt.

Raubritter-Schicksal.

In der malerisch gelegenen Ruine der Burg Saaleck bei der Rudelsburg haben die beiden verfolgten Rathenau-Mörder sich selbst gerichtet, bevor der Strafrichter sie vor sein Tribunal ziehen konnte. Die letzte Zufluchtsstätte, die sie fanden, ist gleichzeitig ein Symbol der verfallenden Welt, in der ihr geistiges Leben sich bewegte. Das Faustrecht des Raubrittertums lebte in diesen Landsknechtsnaturen der Ehrhardt-Brigade fort und führte sie in jene mittelalterlichen Geheim- und Fembünde, die das industrielle Deutschland unserer Tage von einer Erschütterung in die andere werfen. Wie die zerfallenen Mauern der Saaleck und der Rudelsburg „an der Saale grünem Strande" von einer längst verschollenen Epoche des deutschen Lebens zeugen, so ragen die Mannen des Consuls Ehrhardt aus dem wilhelminischen Zeitalter in das neue hinüber, das nach dem Zusammenbruch des militaristischen begann und sein demokratisch-republikanisches System mühsam aber sicher auszugestalten strebt.

Zur Zeit, als die alten Burgen noch von wirklichen waffenklirrenden Rittern bewohnt waren, gab es weder Recht noch Gesetz im Lande, als das Recht des Stärkeren über den Starken und des Starken über den Schwachen. Diesen Zustand wieder herbeizuführen ist das Ideal aller, die sich deutschvölkisch, deutschnational oder sonstwie nennen mögen. Unter den schillernden Uniformen des kaiserlichen Heeres bargen sich die Sehnsüchte nach alter Ritterherrlichkeit und was wir in den letzten Jahrzehnten an militaristischen Ausschreitungen gegen das „Zivilpack" erlebten, ist nichts anderes als die Ueberlieferung jener Ritterzeit, die die Kaufleute auf der Landstraße mit bewaffneter Gewalt „aufhob" und nur gegen Lösegeld freigab, die die hörigen Bauern waidwund hetzte und ein Menschenleben nicht achtete, es sei denn, daß er der eigenen ritterlichen Kaste angehörte und sich mit bewaffneter Hand verteidigen konnte.

Der Mord an Rathenau hat die Gefährlichkeit dieser kulturellen Ueberreste aus der Zeit der Ruinen aufs neue offenbart. Gleichzeitig aber hat er mit erfrischender Klarheit gezeigt, daß die Zeit der Ritter endgültig vorbei ist. Eine Zeit, deren Wirtschaft auf den Schultern von Millionen arbeitender Menschen ruht, kann nicht mehr beherrscht werden nach der Methode des mittelalterlichen Faustrechtes und nicht mehr von Personen, die gedanklich und gefühlsmäßig wurzeln in einer versunkenen Kulturepoche. Mögen auch einzelne Freischärler, unterstützt mit Riesensummen aus nebelhaften Quellen ihr verbrecherisches Handwerk weitertreiben, sie können nicht entscheidend rütteln an den Grundlagen des neuen republikanischen Staatswesens. Die Massen der Arbeiter und Angestellten von heute sind die sicherste Gewähr dafür, daß das absolutistische System im Staate wie in der Wirtschaft endgültig überwunden bleibt.

Aber noch ein Erfreuliches hat der Rathenau-Mord und die Verfolgung der Mörder an den Tag gebracht. Die Arbeit der polizeilichen Organe hat so umfassend und intensiv gewirkt, daß man geneigt sein darf, zu glauben, daß der neue Staat auch in seinem Beamtenkörper diejenige freiwillige Hingabe findet, die erforderlich ist, um das Gebäude zu stützen. Noch läuft der oberste „Consul" des Kapp-Putsches Ehrhardt frei herum und es ist mehr als wahrscheinlich, daß er noch zuweilen, wenn nicht dauernd, in Bayern eine Gaststätte findet. Noch sind die Erzberger-Mörder nicht gefaßt, noch sind die Lüttwitz und Bauer trotz steckbrieflicher Verfolgung auf freiem Fuße. Noch immer ist es nicht gelungen, die Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu fassen. Oft schien es, als wenn alle Anstrengungen der Regierung und der hinter ihr stehenden Volksmassen zum Versagen verurteilt wären, weil die sonst so findigen Polizeiinstanzen es nicht fertig brachten, diese Verbrecher dingfest zu machen. Die Zersplitterung des Reiches und der Polizeigewalten, insbesondere das Versagen bayerischer Polizeiorgane hat das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Kriminalpolizei stark erschüttert. Durch das rasche, entschlossene und tatkräftige Arbeiten nach dem Rathenau-Mord ist es in dieser Hinsicht wieder gestärkt worden. Das Reichskriminalpolizeigesetz, das heute mit den anderen Gesetzen zum Schutze der Republik vom Reichstage verabschiedet werden soll, ist eine zwangsläufige Folge jenes Versagens. Das erfolgreiche Arbeiten der Berliner politischen Polizei gegenüber den verbrecherischen Geheimbünden wird indes die Ueberzeugung stärken, daß das Reichskriminalpolizeiamt in Zukunft gegen das monarchistische Verbrechertum eine kräftige Stütze bei den vorhandenen Organen finden wird.

Die Fischer und Kern, die auf der Saaleck ihrem Leben der Schande ein Ende machten, scheiden jetzt aus der Erörterung aus. Sie sind in dem großen Kreis der Mördergesellschaften ja nur kleine Figuren gewesen, die nicht einmal den geringsten Schatten von politischer Größe an den Tag zu legen suchten, indem sie sich selbst dem Gericht und damit der Geschichte stellten. Sie können heute wie bisher von all ihren reaktionären Freunden verleugnet werden. Niemand will sie kennen, niemand die Verantwortung für ihr Treiben tragen.

Der Bazille der „Nationalen".

Stürmische Schlußsitzung des Reichstags.

Die heutige Sitzung des Reichstages, die die letzte vor den Sommerferien sein soll, gestaltete sich in ihren Anfängen zu einer Sturmsitzung. Anlaß dazu gab eine Rede, die der deutschnationale Abgeordnete Bazille zum Gesetzentwurf über den Schutz der Republik hielt. Herr Bazille, ein Mann von französischer Abstammung, von ausgesprochen französischem Gesichtsschnitt, begeisterte sich maßlos für das deutschnationale Tun, sprach von der „sogenannten Republik" und rief dadurch Stürme des Protestes hervor. Er verteidigte seine Partei gegen den Vorwurf, den politischen Mord zu begünstigen, zeigte aber bald wieder nach den Samtpfötchen die Krallen und rief durch eine wüste Hetze gegen den Reichskanzler neue Stürme der Entrüstung hervor, an denen sich Demokraten und Zentrum hervorragend beteiligten.

Als Herr Bazille zu Ende war, betrat der württembergische Arbeitsminister Genosse Keil die Rednertribüne und nun wurde die Szene zum Tribunal. Keil wies nämlich an Hand von Akten nach, daß Herr Bazille, seines Zeichens württembergischer Staatsbeamter, in verschiedenen Stellen den württembergischen Staat in betrügerischer Weise geschädigt hat. Es handelt sich dabei nicht gerade um große Hochstapeleien, vielmehr aber um eine ganze Reihe von Fällen, in denen Herr Bazille den württembergischen Staat durch Erhebung doppelter Gehaltsbezüge, Anrechnung nicht vorhandener Reisekosten usw. nach allen Regeln der Kunst beschubst, bemogelt und über das Ohr gehauen hatte. Das ist der Mann, der von der Deutschnationalen Partei dazu berufen ist, sich über die „Mißwirtschaft in der deutschen Republik" gutachtlich zu äußern.

Nach Keil nahm für das Zentrum Fehrenbach das Wort, um in Ausdrücken tiefster Entrüstung gegen die schamlosen Hetzreden der Deutschnationalen zu protestieren. Er schloß unter stürmischem Beifall fast des ganzen Hauses mit der Erklärung, daß für anständige Menschen kein Platz in der Deutschnationalen Volkspartei sei. Hierauf ergriff Abgeordneter Emminger von der Bayerischen Volkspartei das Wort, um sich zu dem Gesetzentwurf selbst zu äußern.

(Reichstagsbericht siehe 3. Seite.)

Der Potsdamer Waffenfund.

Die bisherigen amtlichen Ermittlungen haben ergeben, daß unsere Meldung über den großen Waffenfund in der Potsdamer Kaserne der ehemaligen Garde-du-Corps zutreffend sind. Allein das Vorhandensein von Dum-Dum-Geschossen wird in Abrede gestellt.

Richtig ist es ferner, daß die Waffen vom Reichswehr-Infanterieregiment Nr. 9 als ihren „rechtmäßigen Besitz" beansprucht werden. Das ist ein ganz unmöglicher Standpunkt, denn die Zahl der Waffen und Rüstungsgegenstände der Reichswehr ist durch den Friedensvertrag und andere Abkommen mit der Entente genau festgelegt und kann nicht beliebig erhöht oder herabgesetzt werden. Daß diese Waffen nicht etatmäßig geführt wurden, geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Stahlhelme noch immer mit Hakenkreuzen versehen sind. Es handelt sich um Gegenstände, die früher den Baltikumern gehörten. Die Reichswehr hat keinen Anspruch darauf, und wir fordern, daß die Beschlagnahme unbedingt aufrecht erhalten bleibt.

Eine Verhaftung der schuldigen Reichswehroffiziere, die das Vorhandensein des Waffenlagers verheimlicht und nach dessen Entdeckung noch versucht haben, es zu verschieben, versteht sich von selbst.

Dollar: 460—480 Mark!

Obwohl die innerpolitische Lage sich seit gestern wesentlich geklärt hat, war am Berliner Devisenmarkt keine Verminderung der Nachfrage zu spüren. Es scheint vielmehr, als ob das in den letzten Tagen niedergegangene Unwetter die Ernteaussichten wesentlich beeinträchtigt habe, und als ob im Zusammenhang damit die Produktenbörse sich stärker mit ausländischen Zahlungsmitteln eindeckt. Infolgedessen waren besonders Dollarnoten heute sehr gesucht. Im Vormittagsverkehr stellte sich der Kurs für den Dollar auf etwa 460, an der Börse schwankte er zwischen 465 und 486. An der Effektenbörse ist das Geschäft in Industriepapieren nach wie vor still, in ausländischen Renten, besonders Türken, Mexikanern, Ungarn jedoch sehr lebhaft.

Die „Anhaltische Rundschau" verboten. Der Staatsrat für Anhalt hat das Erscheinen der deutschnationalen „Anhaltischen Rundschau" wegen eines Artikels in Nr. 194 „Wildeste Parteiherrschaft statt Demokratie" auf vier Wochen verboten.

Der Prozeß gegen ihren Gehilfen Techow und die anderen Mitwisser des Einzelverbrechens wird aber seinen Gang gehen. Der Staatsgerichtshof wird über sie das Urteil zu fällen haben, und wir hoffen, daß er keine unangebrachte Milde an den Tag legen wird. Er wird unnachsichtig in die Zusammenhänge leuchten müssen, die den Mord beeinflußten. Ueber die Angeklagten in diesem Prozeß hinaus stehen alle jene auf der Anklagebank der Geschichte, die diese Mörderorganisationen offen und heimlich unterstützten und die durch ihre politische Verhetzung erst die Stimmung schufen, aus der die Verbrechen emporwuchsen.

Es ist sicher kein Zufall, daß der „Einsiedler" von Saaleck, der Schriftsteller Dr. Stein, nach glaubwürdigen Mitteilungen, die uns wurden, noch vor kurzem deutschnationaler Parteisekretär gewesen ist. Es ist sicher ebensowenig ein Zufall, daß der Besitzer der Burg Saaleck, die zum Rittergut Kreipitsch gehört, jener Herr von Schönberg ist, bei dem schon im vorigen Jahre erhebliche Waffenfunde gemacht werden konnten.

Alle diese Herrschaften, die den Mördern vor und nach der Tat Unterstützung und Hilfe zuteil werden ließen, gehören merkwürdigerweise den Rechtsparteien an. Die Abrechnung mit ihnen kann nicht der Staatsgerichtshof vornehmen, sie muß vom Volke selbst vollzogen werden, und wir zweifeln nicht daran, daß das zu gegebener Zeit in ausgiebigem Maße erfolgen wird. Dadurch, daß sie diese Abrechnung vorbereiteten, haben selbst die Rathenau-Mörder sich ein Verdienst erworben.

Der Weg zur Einigkeit.

Die bürgerlichen Parteien haben der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft entgegengesetzt. Mit einiger Spannung durfte man der Entwicklung zur bürgerlichen Einheitsfront entgegensehen. Skeptiker wollten von vornherein wissen, daß diese Arbeitsgemeinschaft überhaupt keine Arbeitsgemeinschaft sei. Die Skeptiker haben recht behalten. Das „Berliner Tageblatt" fragt heute, wie die Deutsche Volkspartei die zarten Bande, die sie mit den Deutschnationalen verbinden, lösen wolle. Es gebe zu denken, wenn erst vor einigen Tagen das amtliche Organ der Deutschen Volkspartei erklärt habe, „daß von irgendwelchem Aufgeben des im Leipziger Programm enthaltenen Bekenntnisses zum monarchistischen Gedanken keine Rede ist", und es sei ein stimmungsgemäßes Symptom, wenn sie gestern dem demokratischen Antrag, den Verfassungstag zum gesetzlichen Festtag zu erheben, widersprochen und den 18. Januar als Feiertag in Vorschlag gebracht habe. Derartige Bedenken erinnern an einen bekannten Ausspruch Gretchens im „Faust", und man ist nicht erstaunt, wenn das „Berliner Tageblatt" zu dem Schluß kommt:

„Es steht also noch nicht fest, ob die Arbeitsgemeinschaft in Kraft treten wird. War ihre Ankündigung nur ein taktischer Zug zur Verhinderung einer einseitigen Verbreiterung der Koalition nach links, so ist dieser Zweck nach den gestrigen Beschlüssen der Unabhängigen Sozialdemokratie erreicht, wobei dahingestellt bleiben kann, ob dies taktische Vorgehen oder das Eingreifen des Reichspräsidenten oder die leere Parteikasse am meisten zu diesem Resultat beigetragen hat."

Auch die Zentrumskorrespondenz ist alles andere als entzückt. Sie schreibt:

„Ist der Gedanke an sich durchaus gesund, so wird man sich vor Uebereilungen und Uebertreibungen doch hüten wollen. Deshalb werden die Einzelfragen erst in einer Reihe weiterer Besprechungen endgültig geklärt werden können. Eins steht jedoch schon heute bereits fest, daß die Selbständigkeit der Fraktionen im vollen Umfange gewahrt bleibt. Es handelt sich nicht um eine programmatische, sondern um eine taktische Annäherung. . . . Im übrigen sind wir uns bei einer etwaigen Bildung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, die noch in ihren Anfängen steckt und als vollzogen noch nicht angesehen werden darf, ganz klar darüber, daß es auch in der Deutschen Volkspartei eine Gruppe mit starkem Einfluß gibt, die der mittleren Politik wenig oder gar nicht zugeneigt ist, und daß eine Arbeitsgemeinschaft dadurch eine gewisse Belastung erhält."

Im Grunde genommen sind sich also sowohl Demokraten als auch Zentrum darüber im klaren, daß die Deutsche Volkspartei keine geeignete Genossin im Kampfe für die Republik ist. Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft sollte aus diesen Geständnissen ihre Lehre ziehen. Für die bürgerlichen Parteien ist der Gedanke einer Arbeitsgemeinschaft nur eine Frage der Taktik. Die Zentrumskorrespondenz kennzeichnet die Situation sehr klar, wenn sie die Koalition der beiden sozialistischen Fraktionen unter keinen Umständen als eine Fraktionsgemeinschaft anerkennen will. Es ist deshalb erfreulich, wenn auch die „Freiheit" einer organisatorischen Einigung über eine Fraktionsverschmelzung hinaus das Wort redet. Es mag dahingestellt bleiben, ob als zweiter Schritt nach Gründung der Arbeitsgemeinschaft nicht die Fraktionsverschmelzung das Gegebene gewesen wäre und ob sie den Weg zur Einigung nicht geebnet hätte; jedenfalls bemerken wir es mit Genugtuung, wenn es in der „Freiheit" heißt:

„Das sozialistische Gesamtproletariat darf sich nicht wieder auseinander manövrieren lassen. Es muß im Gegenteil aus den Ereignissen der letzten Tage die Lehre ziehen, daß es die jetzige Kampfgemeinschaft zu einer dauernden machen muß und die organisatorischen und programmatischen Voraussetzungen dafür in nächster Zeit zu schaffen hat, damit der kommende Herbst beim Wiederzusammentritt des Reichstags bereits eine feste sozialistische Klassenkampfgemeinschaft vorfindet, die parlamentarisch und außerparlamentarisch als Einheit auftritt und den geschlossenen Massendruck des ganzen sozialistischen deutschen Proletariats hinter ihre Forderungen zu setzen vermag."

Das ist auch unser Ziel, und wenn die Grundlagen, die die beiden sozialistischen Fraktionen im Reichstag zusammengeführt haben, auch die Grundlagen für die Gesamteinigung der Parteien sind, dann ist es schwer ersindlich, was einer Rückkehr zur vereinigten Sozialdemokratie noch im Wege steht.

Demokraten gegen bürgerliche Arbeitsgemeinschaft.

Eine gestern abend in Frankfurt a. M. abgehaltene Obmännerversammlung der Demokratischen Partei faßte nach der „Frankf. Ztg." folgende Entschließung, die auch an die Reichstagsfraktion der DDP. weitergeleitet wurde: „Die Obmännerversammlung des Demokratischen Vereins Frankfurt a. M. mißbilligt einstimmig aufs schärfste die Anbahnung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, in der sie eine Preisgabe der Parteigrundsätze sieht und ersucht die Demokratische Reichstagsfraktion, von diesem die Partei schädigenden Verhalten Abstand zu nehmen."

Der Klub der Harmlosen.

Ehrhardt über die Organisation „C".

München, 18. Juli. (TU.) Der frühere Kommandant der Marinebrigade Ehrhardt, Korvettenkapitän Ehrhardt, veröffentlicht in Münchener Blättern eine Erklärung über die Organisation C, worin es am Schlusse heißt:

Die Organisation C ist aufgelöst und zerschlagen, es schadet nichts, der Geist läßt sich nicht durch Verbote und Paragraphen töten. Ich weiß, daß die alten Mitglieder der 2. Marinebrigade sich wieder zusammenfinden werden, auch ohne Organisation und Verein. Sie werden ihre Pflicht zu tun wissen, wenn auch Deutschland ein bolschewistischer Rätestaat werden sollte. Ein anderes Ziel als dieses Ziel der Abwehr hat die gehaßte, gefürchtete und schamlos verleumdete Organisation C nicht gehabt. Als Aufgabe der Organisation C wird in dem Schreiben bezeichnet, daß bei bolschewistischen Unruhen sich ihre Mitglieder, falls die Machtmittel des Staates nicht ausreichen oder versagen sollten, der gesetzmäßigen Regierung zur Verfügung stellen.

•

Man weiß nicht, ob man die Frechheit oder die Dummheit dieser Briganten mehr bewundern soll, mit der sie jedesmal das Märchen vom Bolschewismus auftischen, wenn ihre eigene Gemeingefährlichkeit festgestellt worden ist. Bezeichnend ist es, daß die Münchener Zeitungen ihre Spalten einem Mann zur Verfügung stellen, der von der Polizei als flüchtig gesucht wird. Das nennt man in Bayern Maßnahmen zum Schutze der Republik!

Ein verurteilter Verleumder.

Leipzig, 17. Juli. (Eigener Bericht.) Das Landgericht Stettin hat am 12. Februar den Postagenten Albert Behl wegen Beleidigung zu 2000 M. Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte kam im November 1920 in einem Gespräch mit mehreren Beamten auf den deutschen Reichspräsidenten zu sprechen. Dabei ließ er sich zu folgenden Bemerkungen hinreißen: „Was sollen wir denn mit einem solchen Sattlergehilfen! Jetzt läßt er sich wieder eine Villa mit 66 Zimmern bauen! Wozu schluckt denn dieser Mann das viele Geld? Wir müßten es eigentlich alle so wie Ebert machen und uns die Taschen füllen!" Diese Aeußerungen sind nach Ansicht des Gerichts geeignet, das Ansehen des Reichspräsidenten in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen und dessen Ehre zu kränken. Nach den Worten des Angeklagten müsse man zu der Annahme kommen, daß Ebert die Absicht habe, seine verantwortungsvolle Stellung dazu zu mißbrauchen, sich auf jede nur mögliche Weise an dem Staatsvermögen zu bereichern, während das Volk darbe und leide. Die Bemerkungen des Angeklagten erfüllen nach Ansicht des Gerichts den Tatbestand der Beleidigung. Die Revision, welche Behl gegen das Urteil eingelegt hatte, wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Die Sachlieferungen.

Paris, 18. Juli. (WTB.) Nach Ansicht des „Petit Parisien" wird Frankreich im Laufe des Jahres 1922 nicht mehr in der Lage sein, für 950 Millionen Goldmark Sachlieferungen aufzunehmen. Man schätzt den Betrag der Lieferungen, die noch in diesem Jahre in Frage kommen könnten, auf 200 Millionen Goldmark.

Paris, 18. Juli. (WTB.) Ein Teil des Garantieausschusses ist bereits in Paris eingetroffen. Der Vorsitzende Mauclerc wird heute nacht zurückerwartet. Die Uebermittlung des Berichtes erfolgt am Mittwoch. Von Donnerstag ab wird die Reparationskommission mit dessen Prüfung beginnen.

Der Kampf Lloyd George - Poincaré.

London, 18. Juni. (WTB.) Der Pariser Korrespondent der „Times" schreibt, die Reparationskrise habe sich etwas verschärft. Es scheine, daß Lloyd George nach den Beratungen der letzten Tage sich gegen einen Verzicht auf die England von Frankreich geschuldeten Summen ausgesprochen habe, bis Frankreich vernünftig geworden sei. Ohne eine Kompensation aber werde Frankreich unnachgiebig bleiben. Wenn jede Regierung, sagt der Korrespondent, auf eine großmütige Geste der anderen warte, dann müsse man notwendigerweise zu etwas kommen, was schlimmer als Stillstand sei. Der Besuch Poincarés in London scheine in Frage gestellt zu sein. In der Reparationskommission ständen sich offenbar zwei Parteien gegenüber: die englische sei für das Moratorium, während die französische eine absichtliche Nichterfüllung Deutschlands mit allen Schlußfolgerungen festzustellen wünscht.

Lloyd George stellt die Vertrauensfrage.

London, 18. Juli. (WTB.) Im Unterhause kam gestern der Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der Frage der Verleihung von Titeln zur Verhandlung. Die Regierung hatte diesen Antrag, der von 297 Mitgliedern unterzeichnet war, für unannehmbar erklärt. Der Antragsteller Locker Lampson führte einige Fälle an, in denen Personen, die weder durch ihre Leistungen noch auf Grund ihres Charakters Anspruch darauf hätten, den Peer- oder Barontitel zu erhalten.

Lloyd George sagte in seiner Erwiderung, es werde eine königliche Kommission ernannt werden, welche der Regierung Vorschläge über etwa notwendige Abänderungen bei der Methode der Verleihung von Titeln machen solle. Hieran schloß sich eine Debatte, die gegen 11 Uhr abgebrochen wurde, ohne daß es zu einer Abstimmung kam.

Im Oberhause brachte der neue Führer der Die-Hard-gruppe, Salisbury, eine ähnliche Resolution ein, auf die der Lordkanzler mit der gleichen Ankündigung wie Lloyd George antwortete. Das Oberhaus stimmte dieser Erklärung der Regierung zu.

Station Oppeln.

Von Hans Bauer.

Der Kampf gegen die Reaktion ist schon längst nicht mehr nur ein Kampf der einen politischen Auffassung gegen eine gleichwertige andere: er hat sich zum Ringen gewaltiger Gedankenkomplexe erweitert.

Reaktion bedeutet heute nicht mehr nur Wille zur Rückwärtsrevidierung der Staatsform, es bedeutet darüber hinaus: Unterordnung aller wesentlichen sittlichen Anschauungen unter diesen Willen.

Oppeln ist wieder einmal ein Beleg. Nach dem Abmarsch der französischen Besatzungstruppen hat nationales Gesindel in dieser Stadt unter Abgesang des deutsch-völkischen Parteiliedes „Deutschland über alles" und des Revanchedidotengesanges von der Wacht am Rhein die gräßlichsten Schändlichkeiten an Frauen begangen, die mit den Besatzungssoldaten in Geschlechtsverkehr gestanden hatten.

Es wäre nutzlos, sich mit diesen verstrichten Kreaturen auseinanderzusetzen. Diese Auseinandersetzung kann nur das Zuchthaus besorgen, das hoffentlich alsbald bemüht wird.

Wenn aber die „Deutsche Zeitung" die Handlungen dieser Schufte als „Volksgericht" bezeichnet und sie „in bestimmtem Maße entschuldbar" findet, so versucht sie um die Motive eines infamen Verbrechens ein Gerüst zu bauen, das selbst für nationale Verhältnisse seiner Dummdreistigkeit wegen einen Seltenheitswert hat.

Die Nationalen denken so wenig wir irgend sonst eine politische Gemeinschaft daran, von allen unverheirateten Frauen Keuschheit und allen verheirateten unbedingte Treue zu verlangen. Sie mögen das tun und es soll gewiß in einem kurzen Zeitungsartikel das Problem der Geschlechtlichkeit nicht erörtert werden. Sie haben auch gegen die Prostitution nichts Grundsätzliches einzuwenden. Vom Deutschen Offiziersbund wenigstens oder vom Bund der Landwirte sind noch keine prinzipiellen Bedenken gegen diese Institution hörbar geworden. Auch darüber soll kein böses Wort fallen.

Aber nun kommen die Nationalen plötzlich daher und drücken stillschweigend das eine Auge zu und meinen damit: Prostitution hin und her! Schon gut! Na ja, laßt man . . . . indessen: und zornsprühend hebt dann das andere Auge, — indessen: für französische Franken? Kriterium der Sittlichkeit ist nicht mehr die Bezahltheit oder Illegitimität der Hingabe: Kriterium ist die Nationalität des Partners.

Es wird den Frauen, denen nachgesehen wird, daß sie aus der Liebe einen Gelderwerb machen als Verbrechen angekreidet, daß sie diesen Gelderwerb gegenüber Ausländern geübt haben.

Herr Stinnes, die Wirtschaftsverbände dürfen an Frankreich verdienen. Keinen nationalen Phraseur schiert das. Milliarden dürfen sie verdienen. Die Prostituierte aber, die von Deutschland käuflich nur weiß, daß es ein Land ist, in dem es für sie keine andere Möglichkeit gab, anders zu werden, als das, was sie ward, und die mit dem Begriff „Vaterland" das Land meint, in dem sie als Letzte und Zurückgesetzte gilt, von der verlangt dieses Heuchlergesindel, daß sie diesem Lande ein größeres Opfer bringe, als der fette Patriot.

Die Dirne ist in der Literatur häufig besser gemacht worden als sie ist. Es ist ein Glorienschein um sie gewoben worden, den sie nicht verdient. Aber daß die Schmutzigste unter ihnen immer noch ein reinlicherer Mensch ist als die Leute der „Deutschen Zeitung", die finsteres Mittelalter „in bestimmtem Maße entschuldbar" finden und grauenhafte Roheitsdelikte zielten und uniformierten Gelichters als „Volksgericht" bezeichnen, diese Erkenntnis sollte endlich, endlich in Gestalt einer Abkehr aller Anständigen von solchen nationalen Kulturdreckflecken ein wahres Volksgericht heraufbeschwören.

Station Oppeln! Ja, das ist doch wohl nun die äußerste Station.

Die Ruine Saaleck, in deren Mauern die beiden Rathenau-Mörder Selbstmord begingen, ist in einer der lieblichsten Gegenden Deutschlands gelegen. Ueber dem hohen Ufer der hier in anmutigen Windungen sich hinziehenden Saale erheben sich ihre beiden runden Türme und in der Nähe liegt die Rudelsburg, die romantische Stätte, an der vor jetzt genau hundert Jahren Franz Kugler sein Lied „An der Saale hellem Strande" dichtete. In den verfallenen Räumen Saalecks haust gegenwärtig der Schriftsteller Hans Wilhelm Stein, Herausgeber einer Monatsschrift „Berg, Burg und Wald" und Freund des Einsiedlerlebens. In der Nähe hat Paul Schultze-Naumburg, der Reformator der deutschen Geschmackskultur, seinen Wohnsitz und seine Arbeitsstätte. Im benachbarten Kösen aber versammeln sich alljährlich zur Pfingstzeit die deutschen Korpsstudenten, um in harter Geistesarbeit Kommentfragen und ähnliche zeitgemäße Probleme zu diskutieren und zu lösen. Bei diesen Zusammenkünften spielt auch die Rudelsburg nebst Umgegend eine bedeutungsvolle Rolle, denn hier pflegen die akademischen Ritter vom Hakenkreuz und Bierzipfel sich nach ihren anstrengenden Beratungen durch ausgedehnte Saufgelage zu erholen. Diese „Weihe" des Ortes dürfte auch der Magnet gewesen sein, der die zwei deutschvölkischen Mörder dorthin gelockt hat.

Die bunte Stadt. Man schreibt uns: München mit seinen Versuchen, Hausfronten bunt zu bemalen, und Leipzig mit seinem grellbunt neubemalten Schauspielhause sind von Magdeburg weit in den Schatten gestellt worden: Magdeburg ist in diesem Sommer zur wirklichen „bunten Stadt" geworden. Farbenfroh bemalt sind nicht allein die Fassaden von Wohn- und Geschäftshäusern, sondern auch ernsthafte, öffentliche Gebäude, wohin zuerst das Rathaus zu rechnen wäre. Das niedere, sonst wenig ansehnliche Gebäude prangt in frischem Rot und Silber — den früheren Stadtfarben — und es wird damit eine recht gute Wirkung erzielt. In der Umgegend des Rathauses eifern zahlreiche Geschäftshäuser nach, von denen sich besonders ein zweistöckiges hochgiebeliges Haus in ähnlichem farbenfrohen Gewande präsentiert. Und auffallend modern bemalt ist, aus Reklamegründen natürlich, das alte Gebäude eines Warenhauses auf dem Breiten Wege. Hier, wie bei den Zeitungskiosken, die die Form einer auf die Spitze gestellten sechseckigen Pyramide mit eingekerbtem Dach haben, vermutet man irgendeinen Zemus. . . . Aber nichts davon! Ein neuer Stadtbaurat, Bruno Taut, kam gen Magdeburg und gedachte, der alten Elbestadt lediglich ein buntfarbenes, fröhliches Gewand zu geben, wie es in geringem Ausmaße die alten Harzstädte Quedlinburg und Halberstadt, bieder und schlicht freilich, früher besaßen. Magdeburg sollte neuzeitlich satt-bunt werden. Und — trotz manchen Entrüstungsschreies zog der neue Stadtbaurat der Elbestadt auch das bunte Kleid an, so daß als neueste Sehenswürdigkeit zurzeit diese „modern-bunte Stadt" zu gelten hat. . . . K. L.

Ein Pfahlbaufund in Ostpreußen. Aus Königsberg wird uns geschrieben: Es sind nun bald achtzig Jahre her, daß nördlich des Bodensees durch Grabungen bei Schussenried ganze Pfahlbaudörfer mit noch gut erhaltenen Häusern aufgedeckt wurden, die sich durch das ringsum emporgewachsene Moos so wunderbar konserviert hatten, daß die Pfahlbauforschung dadurch eine feste Grundlage erhielt und erst den rechten Anstoß zum Studium unserer Vor- und Frühgeschichte gab. Erst in diesen Wochen ist im Küstengebiete Ostpreußens bei dem Dorfe Pr.-Bahnau im Kreise Heiligenbeil ein neuer ähnlicher Fund von großer Bedeutung gemacht worden: bei Bewässerungsarbeiten stieß man auf Reste einer neusteinzeitlichen Pfahlbausiedlung, wie sie in dieser Gegend noch niemals festgestellt worden sind. Im einzelnen grub man u. a. Gefäßscherben, Teile vom Authirsch und Urstier, Stein- und Knochengeräte und auch Bernsteinschmuck aus, der in dieser Gegend ja nicht selten in der Erde gefunden wird. Erfreulicherweise sind sofort die Sachverständigen der Königsberger Altertumsgesellschaft „Prussia" hinzugezogen worden, die den Fund in das dritte Jahrtausend vor Christi Geburt datieren.

Der Untergang des größten Segelschiffes der Welt. Wie schon kurz gemeldet, ist der französische Fünfmaster „France" gesunken. Das 5633 Registertonnen fassende Schiff, das bei einer Länge von 140 Metern und einer Breite von rund 18 Metern das größte Segelschiff der Welt war und mit seinen Hilfsmaschinen eine Schnelligkeit von 12—17 Knoten erreichte, war auf ein Riff an der Küste von Neu-Kaledonien aufgelaufen. Das Schiff hatte sich sofort auf die Seite gelegt und sank rasch, so daß sich die Lage der Besatzung verzweifelt gestaltete. Auf die drahtlose Meldung des in Seenot befindlichen Schiffes war ein kanadischer Dampfer, den 220 Seemeilen entfernt der drahtlose Hilferuf erreicht hatte, herbeigeeilt. Unterwegs erhielt er die drahtlose Nachricht: „Bemüht Euch nicht, uns ist nicht zu helfen!" Einer späteren Meldung zufolge war es der Mannschaft unter großer Mühe gelungen, die Boote herunterzulassen und sich in diese zu retten. Das Schiff war erst 10 Jahre alt und ist im Filmbild festgehalten, da Shackleton bei seiner letzten Ausreise auf der „Quest" dem Schiff begegnet war und es wegen seiner ungewöhnlichen Größenverhältnisse auf voller Fahrt gefilmt hatte.

Der Freiburger Münster-Turm. Nach jahrelanger Umrüstung zeigt das Freiburger Münster jetzt wieder seinen herrlichen Turm mit dem durchbrochenen Helm, dem vollendetsten der deutschen Gotik. Seit dem Juni 1918 hat ein 17stöckiges Gerüst, das bis zur Kreuzblume und Wetterfahne reichte, 64,5 Meter hoch den Turm unsichtbar gemacht. Dahinter konnten die Erneuerungsarbeiten an der oberen Turmhälfte ausgeführt werden. Zur Wiederherstellung der unteren Hälfte und anderer Teile des Münsters fehlen noch die Mittel.

Physiognomie des Wetters.

Also um es kurz zu machen: Das Wetter hat ein Gesicht wie drei Tage Regen und es denkt offenbar gar nicht daran, sein Gesicht zu ändern. Man weiß bald gar nicht mehr, wie schön' Wetter aussieht. Mal regnet es Bindfaden, mal Stricke, mal gießt es mit Mollen, mal mit Eimern, mal „drippelt" es, immer aber kommt es naß von oben herunter und dringt naß unten ein durch die undichten Sohlen, deren Dichtigkeit man anscheinend kaum noch durch Preise über Weltmarkt erzielen kann. In den Bäumen des Parkes und den grünen Straßen der Vororte hat der tolle Sturm und der wilde Regen der letzten Nacht ganz unsagbar gewütet. Nicht nur daß der Sturm wie üblich Zweige niedergebrochen, hat der Schlagregen auch brutal riesige Mengen im frischesten Grün glänzender Blätter abgeschlagen, so daß die Straßen und Parkwege einen kläglichen Anblick bieten. Und im Regen ziehen die Glücklichen, die jetzt Urlaub, Ferien und das Geld dazu haben, hinaus aus Berlin, aus dem Anhalter, Potsdamer und Stettiner Bahnhof und denken verschmitzt: „Wenn wir man erst draußen sind, dann wird schon besser Wetter werden". Sie werden sich irren, die Biederen, denn aus allen Sommerfrischen stöhnt es, um Porto zu sparen, auf 50-Pf.-Ansichtskarten mit den postalisch erlaubten fünf Worten: „Regenschwere Grüße und Glückwünsche sendet ....." Da weiß man schon genug. Die Frei-, Fluß-, Luft- und sonstigen Naturbäder stehen leer und die Badewärter haben Ruhe und Muße ihr Pfeifchen zu rauchen. Jeder aber fragt: Soll das denn nun so bleiben? Will denn das Wetter seine finstere, grämliche Physiognomie gar nicht mehr ändern. Soll dieser Sommer, der so spät eingesetzt hat, denn schon wieder zu Ende sein? Das kann und mag sich keiner vorstellen und unsere vertrauten Berliner Wetterkundigen, denen die Nachrichten aus dem ganzen Reich und darüber hinaus zufließen, sind denn auch nicht ganz ohne Trost für die des Regens müden Leute. Ein großes Tiefdruckgebiet ist vom Nordwesten über die Ostsee nach Nordosten und Osten gewandert und hat sich dort festgesetzt und sogar noch vertieft. Die Folge war, daß man im Osten noch ganz andere Regengüsse gehabt als in Berlin. Die Grenzmark Westpreußen verzeichnet 49 Millimeter, Grünberg in Schlesien 46 Millimeter Regenhöhe und Berlin immerhin noch 27 Millimeter. Wer das Wort Regenhöhe nicht versteht, dem sei gesagt, daß, wenn die gesamte in den letzten Tagen in Berlin gefallene Regenmenge nicht abgelaufen, sondern stehengeblieben wäre, das Wasser in ganz Berlin etwa 3 Zentimeter hoch stehen würde. Nun aber kommt endlich der Trost für alle Bedrückten. Das Tiefdruckgebiet wandert sehr langsam und gemächlich, dennoch aber stetig nach Osten ab, während sich bereits im Südwesten ein Hochdruckgebiet bildet, das uns von neuem mit Sonne und Lebensfreude beschenken will. Aber da der alte, langweilige Regensack sich gar zu langsam nach Osten wälzt, kann der sonnenfreudige Jüngling aus dem Südwesten gleichfalls nur sehr langsam nachrücken. Aber er wird dennoch den Sturm zum Schweigen bringen, er wird vermutlich noch einige Tage mit starken Händen die Wolken beiseite schieben. Na, und dann ist natürlich alles wieder gut!

•

Der schwere Sturm in der vergangenen Nacht hat wieder mancherlei Schaden angerichtet, besonders in den Waldungen und Obstgärten. In Buchholz hätte er auf der Straßenbahn beinahe Unheil angerichtet. Dort brach unter seiner Wucht eine große Pappel um, als gerade ein Zug der Linie 116 vorbei war. Er legte sich unmittelbar hinter dem letzten Wagen quer über die Straße, indem er die Leitung zerriß. Auch aus dem Reich wird schweres Unwetter und dadurch hervorgerufene Schäden gemeldet. Auf den Feldern machen sich gleichfalls die Unwetterschäden bemerkbar, so daß bereits Befürchtungen für eine schlechte Getreideernte entstehen. In Tirol mußten infolge anhaltenden Regens auf verschiedenen Eisenbahnstrecken der Personen- und Güterverkehr infolge des anhaltenden Regens zeitweilig unterbrochen worden. Die letzten Meldungen teilen allerdings mit, daß die Störungen teilweise bereits wieder behoben sind. Infolge des starken Temperaturrückganges ist auf dem Feldberg und in den höheren Lagen des Schwarzwaldes gestern und heute Schnee gefallen.

Das nennt sich „Wohnung"!

Bei vielen Hauswirten war die Neigung, in den Wohnungen der kleinsten Mieter die nötigen Reparaturen ausführen zu lassen, schon immer nicht groß. Die durch den Krieg verursachte außerordentliche Steigerung der Kosten solcher Reparaturen hat dazu geführt, daß an den meisten Kleinwohnungen Berlins gar nichts mehr gemacht wurde, so daß eine früher kaum für möglich gehaltene Verwahrlosung zur Regel geworden ist. Vor kurzem hatten wir Gelegenheit, im Hause Memeler Straße 41 eine sehr üble Kleinwohnung kennen zu lernen. Sie ist vom Wohnungsamt zum April dieses Jahres einem Mieter zugewiesen worden, nachdem er in einem anderen Hause die Portierstelle aufgegeben hatte. Der frühere Inhaber dieses Quartiers, der es über 39 Jahre benutzte, soll zeitweise darin Schmiedearbeiten ausgeführt haben. Das erscheint glaublich, wenn man den Zustand der „Wohnung" betrachtet. Die Küche ist so geschwärzt, daß sie hierin mit einer Schmiedewerkstatt fast einen Wettbewerb aushalten könnte. Auch das aus dem oberen Stockwerk durch die Decke gelaufene Wasser, dessen Spuren man an den Wänden sieht, hat den Schmutz nicht abzuwaschen vermocht. In der Stube macht die Decke noch den Eindruck, daß an ihr mal etwas getan worden ist. Aber von den vier Wänden sind drei nahezu vollständig ohne Tapeten, die wohl schon vor reichlich langer Zeit heruntergefetzt wurden. Der dem Auge sich darbietende nackte Putz ist schwärzlich, so daß man glaubt, in eine Höhle hineinzukommen. Der Wirt hat bisher nichts machen lassen, und auch das Wohnungsamt erklärt, hier nicht helfen zu können. Der jetzige Wohnungsinhaber sagt aus, er sei froh, wenn er morgens aus diesem Loch hinauskommt, um sich an seine Arbeitsstätte zu begeben. Man begreift es, daß seine Frau es noch nicht über sich gewinnen konnte, die widerwärtige Höhle mit Gardinen auszustatten. Hauswirte halten meist zu den Leuten, die sich in Deklamationen über die Familie als Grundlage des Staates ergehen. Aber durch Wohnungen, die so verwahrlost sind, wird jedes Familienleben vernichtet.

Von Stufe zu Stufe.

Der Abstieg eines ehemaligen Offiziers zum Schwindler und Hochstapler beschäftigte gestern die 7. Strafkammer des Landgerichts III. Angeklagt wegen Betruges und schwerer Urkundenfälschung war der Leutnant a. D. Max Engelschall. Der Angeklagte war seinerzeit direkt von der Schule als Kriegsfreiwilliger eingetreten und im Felde Offizier geworden. Als der Krieg beendet war, waren seine Nerven zerrüttet. Der Weg zur Vollendung seiner Schulbildung behagte ihm nicht und so verfiel er darauf, sich ohne jede Vorkenntnisse kaufmännisch zu betätigen. Die paar Mark, die er dabei verdiente, reichten nicht aus, um ein Leben zu führen, zu welchem er als ehemaliger Leutnant sich berechtigt hielt, und es kam zur ersten Straftat. Als er mit seinem damaligen Verteidiger, Rechtsanwalt Frey, konferierte, erlag er der Versuchung und entwendete dessen goldenes Zigarettenetui im Werte von zirka 50000 Mark, welches ihm aber am nächsten Tage von dem Bestohlenen selbst wieder abgejagt wurde. Nun völlig gegenüber dem Nichts, verübte er die jetzt zur Anklage stehenden Betrügereien, indem er allen möglichen Leuten Beträge bis zu 50 000 M. abnahm und sogar eine Urkunde fälschte. — Vor Gericht hat Rechtsanwalt Dr. Kurt Fontheim, auf das überaus traurige Schicksal des im Felde nervenkrank gewordenen Angeklagten um Zubilligung mildernder Umstände und eine milde Strafe. Das Gericht folgte der Verteidigung insofern, daß es trotz der hohen Summen und des raffinierten Vorgehens nur auf 5 Monate Gefängnis erkannte.

Sturmszenen im Reichstag.

Deutschnationale Provokationen.

Auf der umfangreichen Tagesordnung der heutigen Reichstagssitzung, die um 10 Uhr vormittags eröffnet wurde, steht zunächst der Antrag der Koalitionsparteien auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorwürfe, die gegen die Reichswehr erhoben worden sind, sowie gegen die Art und Weise, wie die Vorwürfe von dem Reichswehrminister erledigt wurden. Eine Debatte entwickelt sich nicht, die Abstimmung wird zurückgestellt.

In allen drei Lesungen wird ohne Erörterung ein von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten eingebrachter Gesetzentwurf erledigt, der die Reichsregierung ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichsrat während der Parlamentspause die am und nach dem 31. Oktober 1922 ablaufenden Fristen des Ermächtigungsgesetzes zur Verlängerung der Geltungsdauer von Demobilmachungsverordnungen bis spätestens einen Monat nach Zusammentritt des Reichstages zu verlängern.

Ohne Aussprache wurden dann in allen drei Lesungen eine Reihe kleinerer Vorlagen und das Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Not der Presse angenommen.

Bei der dann folgenden

dritten Beratung des Gesetzes zum Schutz der Republik

polemisiert Abg. **Bazille** (Dnat.) erneut gegen das Gesetz. Der Reichskanzler habe mit seiner Kampfansage gegen rechts in einer Minute mehr gesagt, als er in seinem ganzen Leben verantworten könne. (Gelächter links.) Alle unheilvollen Folgen fallen auf das Haupt des Reichskanzlers. (Unruhe und Rufe bei den Soz.: Das war eine Bedrohung des Reichskanzlers!) Das Gesetz widerspreche allen Grundsätzen der Demokratie und mache jede Versöhnung unmöglich. In diesem sogenannten Gesetz zum Schutze der sogenannten deutschen Republik .... (stürmische Entrüstungskundgebungen auf der Linken.) —

Präsident Löbe ersucht den Redner, die Stimmung im Hause nicht unnötig zu verschärfen.

Weitere Bemerkungen des Redners, die gegen die Republik gerichtet sind, veranlassen den Abg. **Keil** (Soz.) zu lauten Rufen: „Wo waren Sie 1914?" In dem allgemeinen Lärm bleiben die weiteren Ausführungen des Abg. Bazille unverständlich.

Abg. **Bazille** (fortf.), seine Partei sei für die deutschvölkische Bewegung nur soweit verantwortlich, wie sie sich im Rahmen der Deutschnationalen Partei bewege. Die deutschvölkische Bewegung sei die notwendige Reaktion gegen den Internationalismus.

An diesem großen deutschvölkischen Gedanken würde seine Partei festhalten.

Der Redner versucht unter stürmischer Heiterkeit der gesamten Linken und unter Kopfschütteln des Abg. Stresemann aus dem Alten Testament zu beweisen, daß die Juden den politischen Mord verherrlicht hätten, wie der Fall Judith-Holofernes beweise.

Der Redner versucht dann an Hand des Vorwärts-Kalenders nachzuweisen, daß die Sozialdemokraten durchaus nicht immer Gegner der politischen Attentate waren.

Fast die gesamte Linke verläßt während der weiteren Ausführungen den Saal. Dem schließen sich an Demokraten, das Zentrum und ein Teil der Deutschen Volkspartei.

Abg. Bazille ruft den Abgeordneten nach: Ich sehe, meine Beweise schlagen die Regierungsparteien in die Flucht. Dann geht er auf die Angriffe auf seine Partei ein und erklärt: Gewiß haben wir Erzberger sehr scharf bekämpft, aber wenn dadurch die Mordatmosphäre geschaffen wurde, so sind daran ebenso sehr die Sozialdemokraten und das Zentrum schuld. Niemals hätte ein Kanzler sich so weit vergessen dürfen, Millionen deutscher Männer und Frauen als Feinde des Vaterlandes hinzustellen. Riesengroß ist die Schuld der Parteien, die dem Kanzler auf seinem verderblichen Wege gefolgt sind, aber die Sozialdemokratie versündigt sich am meisten am Wohl des Volkes. Es ist unerhört, daß man Männer wie Ludendorff und Hindenburg als Verbrecher hinstellt und die schwarzweißrote Fahne als die Mörderfahne bezeichnet. An dieser Versumpfung des öffentlichen Lebens ist auch die Regierung schuld. Der Kanzler ruft, der Feind steht rechts, und bei den Demonstrationen gibt es Dutzende von Toten und Hunderte von Verwundeten. (Stürmischer Ausbruch der Entrüstung auf der Linken, die zum Teil wieder in den Saal zurückgekehrt ist.)

Abg. **André** (Z.) ruft Heuchler.

Von links wird Lump gerufen.

Präsident Löbe bemüht sich vergebens, die Ruhe wiederherzustellen, und hält dem Redner vor, daß er sich trotz aller Ermahnungen wieder in schärfsten Angriffen gegen die Regierung gefallen hat.

Als der Redner versucht, weiter zu sprechen, erhebt sich neuer Lärm auf der Linken.

Präsident Löbe ermahnt dringend, Ruhe zu halten, anderenfalls er die Sitzung unterbrechen müßte.

Abg. Bazille bestreitet dann, den Kanzler persönlich angegriffen zu haben, er habe die Politik des Kanzlers für verderblich gehalten und habe davor gewarnt, diesen Weg weiter zu beschreiten. Für das, was er gesagt habe, übernehme er die die Verantwortung.

Präsident Löbe unterbricht den Redner wieder und ermahnt ihn nochmals dringend, neue Szenen hervorzurufen.

Abg. Bazille kann es aber trotz aller Ermahnungen nicht unterlassen, fortgesetzt neue Provokationen gegen die Regierungsparteien zu schleudern. Daran, daß die Revolution nicht noch schlimmere Auswüchse gezeitigt habe, sei nicht die Republik schuld, das sei vielmehr ein Verdienst des Kaisertums. Im übrigen werden die Deutschnationalen bleiben, was sie waren, die Vorkämpfer des deutschen Volkes. (Beifall bei den Deutschnationalen, Widerspruch und Pfeifen links.)

•

Der Haushaltsausschuß des Reichstags behandelte heute den Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Mitteln zum Schutze der Republik und bewilligte unter Ablehnung eines deutschnationalen Antrags, der 25 Millionen für ausreichend erachtet, die angeforderten 75 Millionen Mark.

Neueinkleidung wider Willen.

Berliner Abenteuer eines jungen Hamburgers.

Ein junger Mann aus Hamburg, den sein Vater, ein Weinhändler, zu einem Einkauf mit 40 000 Mark nach Berlin geschickt hatte, erlebte hier ein ungewöhnliches Abenteuer. Vom Lehrter Bahnhof ging der junge Mann nach dem Potsdamer Platz, um dort in einer Wirtschaft zu essen. Hierbei kam er in eine Unterhaltung mit zwei Männern, die sich erboten, ihm in der Schloßstraße 26 zu Charlottenburg ein Unterkommen zu verschaffen. Nach einer Zecherei fuhr man gemeinsam dort hin. Am nächsten Morgen fand sich der Hamburger vollständig angekleidet in einem Zimmer im Bette wieder. Er trug aber nicht seine eigene Kleidung, sondern statt deren einen schäbigen feldgrauen Anzug. Die beiden Gastfreunde, die ihm das Zimmer verschafft und ihn hineingeführt hatten, waren verschwunden, nachdem sie ihn bis aufs Hemd umgekleidet hatten. Seinen guten Anzug und seine Brieftasche mit dem Gelde hatten sie mitgenommen. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß die feldgraue Uniform einem 36 Jahre alten Adolf Sommerfeld aus Berlin gehörte und nahm diesen fest. Bei ihm fanden sich auch die Kleider des Ausgeplünderten wieder. Seine Spießgesellen will Sommerfeld nicht kennen. Angaben zu ihrer Ermittlung nimmt Kriminalkommissar Dr. Riemann im Zimmer 34 des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

Drohende Erhöhung der Milchpreise.

Gegenüber der Meldung, daß vorläufig keine neue Erhöhung des Milchpreises zu erwarten ist, erfährt die BS.-Korrespondenz von unterrichteter Seite, daß mit einer solchen Maßnahme bereits in kürzester Zeit zu rechnen ist. Für die Zeit vom 23. Juli bis 5. August ist auf Grund der amtlichen Butternotierung ein Milcheinfuhrpreis frei Berlin von 8,65 M. festgesetzt worden, was gegenüber dem augenblicklichen Einfuhrpreis eine Erhöhung von 2,20 M. bedeutet. Da die Kartenmilch im Handel zurzeit 8 M. kostet, so würde schon mit dieser amtlichen Festsetzung allein sich ein Milchpreis von über 10 M. ergeben. Es ist aber damit zu rechnen, daß es dabei nicht bleiben wird. Von den Interessenten des Milchhandels ist bei den zuständigen Stellen mit Rücksicht auf die ständige Steigerung der Unkosten, namentlich der Fuhrlöhne eine Erhöhung sämtlicher Verdienstpreise beantragt worden, und am heutigen Dienstag vormittag haben bereits diesbezügliche Verhandlungen in dem städtischen Ernährungsamt stattgefunden. Es ist demnach eine recht beträchtliche Preiserhöhung, wahrscheinlich auf über 11 M. zu erwarten. Dementsprechend würde sich auch der Preis für Freimilch, der augenblicklich 11 M. beträgt, in gleichem Umfange erhöhen. Die genauen Preisfestsetzungen werden erst nach dem Ausgang der im Ernährungsamt geführten Verhandlungen zu erwarten sein.

Die Pflegekosten der Heimstätten.

In den Heimstätten der Stadt wurden wegen der bedeutenden Kostensteigerung die Verpflegungssätze vom 1. April 1922 ab weiter erhöht. Gezahlt wurden seitdem pro Tag 12 M. für erwachsene Selbstzahler, 20 M. für erwachsene Patienten der Wohlfahrts- und Fürsorgestellen und der Krankenkassen, 10 M. für Kinder. Auch das blieb noch weit hinter den damaligen Selbstkosten zurück, die sich im Durchschnitt des Rechnungsjahres 1921 auf 62,50 M. pro Kopf und Tag stellten. Inzwischen sind die Ausgaben weiter gestiegen, so daß für das Rechnungsjahr 1922 schon nach den jetzigen Verhältnissen ein Selbstkostenbetrag von 70—80 M. zu erwarten ist. Daher fordert der Magistrat eine neue Erhöhung der Verpflegungssätze auf 30 M. für Erwachsene und 20 M. für Kinder. Selbstzahlern mit nicht über 35 000 M. Einkommen soll nur die Hälfte dieser Sätze (für Erwachsene und auch für Kinder) abgenommen werden. Der Verband der Krankenkassen Groß-Berlins hat sich zur Zahlung von 30 M. für Erwachsene und 20 M. für Kinder bereit erklärt. Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten um Zustimmung.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und die Post erfolgt in der Woche vom 17. bis 23. Juli d. J. unverändert wie in der Vorwoche zum Preise von 1700 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 850 Mark für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post findet unverändert zum 40fachen Betrage des Nennwertes statt.

Eine neue Polizeiverordnung über das Theater und theaterähnliche Veranstaltungen, sofern sie nicht einen regelmäßigen, durch Zeitung bekannten Spielplan haben, ist vom Polizeipräsidenten erlassen worden. Sie legt jedem die Pflicht auf, derartige Veranstaltungen mindestens zwei Wochen vorher dem zuständigen Polizeiamt schriftlich anzumelden. Unter diese Vorschrift fallen ferner Tanzaufführungen, Ausstellungen, Bazare, Ring- und Boxkämpfe, Schaustellungen und ähnliche Darbietungen, soweit sie gewerbsmäßig oder nichtgewerbsmäßig veranstaltet werden. Für öffentliche Tanzlustbarkeiten ist gleichfalls polizeiliche Erlaubnis einzuholen. Verstöße werden mit einer Geldstrafe bis zu 300 M. bestraft. Näheres erfahren die Interessenten bei den Polizeiämtern.

Das Elisabeth-Hospital in Oberschöneweide kann infolge Geldmangels den Betrieb nicht weiterführen, wenn es nicht wirksame Hilfe erhält. Zwischen dem Hospitalkuratorium, der Stadt Berlin und der an dem Fortbestand des Hospitals stark interessierten AEG. soll eine Arbeitsgemeinschaft geschaffen werden, die zur Deckung des Fehlbetrages die Mittel aufbringt. Pro Jahr will Berlin bis 150 000 M., die AEG. bis 850 000 M. dazu beitragen, auch will zur Wiederherstellung der Gebäude und des Inventars die AEG. ein Darlehen bis zu einer Million Mark geben. Das Elisabeth-Hospital ist keine Gemeindeanstalt, sondern eine Stiftung. In ähnlichen Schwierigkeiten befinden sich jetzt die meisten anderen Stiftungsanstalten.

Wer ist der Tote? Im Grunewald erschossen aufgefunden wurde ein junger Mann, der selbst Hand an sich gelegt hat. Seine Persönlichkeit konnte noch nicht festgestellt werden, weil er keinerlei Papiere bei sich hatte. Er ist einige 20 Jahre alt, war gut gekleidet und machte den Eindruck eines asiatischen Studenten.

Die deutsche Sanitätsmission in Rußland. Dem Roten Kreuz wird aus Charkow gemeldet, daß die für Südrußland bestimmte Sanitätsmission unter Führung von Dr. Breuer dort am 9. Juli eingetroffen und freundlich empfangen worden ist. Den Universitätsinstituten und der ukrainischen Sanitätsorganisation wurden Medikamente überwiesen. Am 11. Juli fand die Weiterfahrt nach Odessa statt, von wo aus Lebensmitteltransporte in die Hungergebiete geleitet werden.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig wärmer, zeitweise aufklärend, aber noch überwiegend trübe mit schwächeren Regenfällen und langsam nachlassenden westlichen Winden.

Sport.

Hunderennen. Die am Sonntag vom Berliner Hundereinklub im Stadion Lichtenberg abgehaltenen Hundereinnen hatten sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen. In den einzelnen Konkurrenzen gab es starke Felder und sportlich recht interessante Endkämpfe. Auch dieser Tag brachte dem rührigen Klub in sportlicher Hinsicht einen vollen Erfolg. Ergebnisse: I. Rosenpreis, offen für deutsche Schäferhunde (Hündinnen), Flachrennen, 250 Meter: 1. Senta, 2. Senta II, 3. Hexe, 5 liefen, scharfer Kampf. Zeit 24 Sek. — II. Reihenpreis, offen für Dobermannhündinnen, Flachrennen, 250 Meter: 1. Nixe, 2. Bella, 3. Hella, 8 liefen, Zeit 21 Sek. — III. Beilchenausgleich, offen für Pinscherrassen, Flachrennen 250 Meter. 1. Strolch, 2. Anni, 3. Alice, 7 liefen, Zeit: 20 Sekunden. — IV. Großer Julipreis, Ehrenpreis und 2000 M., offen für alle Polizeihundrassen, Flachrennen 300 Meter. 1. Luz, 2. Roll, 3. Stropp. 13 liefen. Zeit: — Sekunden. — V. Reisepreis, offen für deutsche Schäferhunde, Hürdenrennen, 300 Meter. 1. Sevlet, 2. Luz, 3. Hektor. 9 liefen. Zeit: — Sekunden. — VI. Kornblumenpreis, offen für Dobermänner, Hürdenrennen, 300 Meter. 1. Luz, 2. Tell, 3. Hella. 4 liefen. Zeit: 28 Sekunden. VII. Hortensienpreis. I. Abteilung für Greyhounds, Flachrennen 300 Meter. 1. Byrsch, 2 liefen. Zeit: 23 Sekunden. II. Abteilung für Whippets. 1. Dia, 2 liefen. Zeit: 22 Sekunden.

Gewerkschaftsbewegung

Die Lehren einer Wahl.

Obwohl wir zur Stunde das endgültige Resultat der Bevollmächtigtenwahl im Metallarbeiterverband noch nicht besitzen, können wir doch schon dazu Stellung nehmen. Von den 147 000 Mitgliedern der Ortsverwaltung haben sich etwa 60 000 an der Abstimmung beteiligt, also knapp 40 Prozent. Diese geringe Wahlbeteiligung ist in mehr als einer Hinsicht bemerkenswert. Sie kann zunächst als ein „Erfolg" der Kommunisten angesehen werden. Es ist den Kommunisten durch ihre fortgesetzte wüste Hetze gelungen, der Mehrheit der Berliner Metallarbeiter jede aktive Beteiligung an dem Verbandsleben zu verekeln. Darauf läuft ja die ganze bolschewistische Taktik hinaus: die Aufrichtung ihrer Diktatur über eine indifferente Masse.

Man braucht gar nicht nach Rußland zu gehen, um diese Tatsache erhärtet zu finden. Man besuche die Versammlung eines Zweigvereins, wo die Kommunisten die unbestrittene Herrschaft besitzen, und man wird verblüfft sein über die geistige Leere, die einem da entgegengähnt. Von den Mitgliedern nimmt gewöhnlich überhaupt niemand das Wort, jedenfalls wagt kein Kommunist kritische Einwendungen gegen die Maßnahmen der Leitung vorzubringen. Tut aber wirklich jemand den Mund zu einer ernsten Auseinandersetzung auf, dann wird er niedergebrüllt, die Füße beginnen ganz automatisch eine Scharrbewegung, so daß der Waghalsige schnell wieder in den allgemeinen Stumpfsinn untertaucht.

Die Geringfügigkeit der Wahlbeteiligung ist im Metallarbeiterverband in Berlin, seit die Kommunisten mit ihrer wüsten Hetze den meisten Arbeitern den Besuch der Versammlungen verekeln, freilich keine neue Erscheinung. Bei der letzten Bevollmächtigtenwahl, im Dezember 1920, war die Beteiligung nicht größer. Damals erhielt Ziska 31 611 Stimmen, der Kommunist Rusch 30 272. Das Endresultat wird diesmal für die Kommunisten ungünstiger, für Ziska günstiger ausfallen. Bei den dazwischen liegenden Wahlen zum Verbandstag und zum Gewerkschaftskongreß war die Beteiligung noch geringer. Freilich haben vor den Kommunisten auch die Unabhängigen reichlich gesündigt. Diese nun seit Jahren fortgesetzte Wühlarbeit mußte sich auswirken. Das Resultat ist offenkundig. Denn von den rund 85 000 Mitgliedern, die der Wahl fern blieben, waren sicher keine 500 Kommunisten. Diese 85 000 Nichtwähler gehören in ihrer großen Masse zu den Angeekelten, die von dem ganzen Zank und Stank „die Näse voll haben".

Andererseits ist der Abstieg, auf dem sich die Kommunisten befinden, unverkennbar. Gegenüber der Wahl vom Dezember 1920, die allein mit der letzten Wahl in Vergleich gezogen werden darf, haben sie einen Rückgang erlitten, der ziffernmäßig erst im Laufe des heutigen Tages genau festgestellt werden wird. Und doch haben sie nichts unversucht gelassen, um ihren Kandidaten durchzubringen. Es werden uns darüber die haarsträubendsten Dinge berichtet. So wurde in einem Spandauer Betrieb der Beschluß gefaßt, daß alle geschlossen für Walcher zu stimmen hätten; wer für Ziska stimme, müsse 35 M. Strafe zahlen. In einem anderen Betrieb wurden die Arbeiter und Arbeiterinnen unter der Bedeckung der kommunistischen Betriebsräte ins Wahllokal geführt und es wurde ihnen gesagt, daß jeder und jede, die für Ziska stimmten, den nächsten Tag entlassen würden. Wundern muß man sich allerdings, wie Berliner Arbeiter sich einen Wahlterror gefallen lassen können, der an die schlimmsten Zeiten der preußischen Junkerherrschaft erinnert. Wir reden schon gar nicht von der beispiellosen Lügenkampagne in der „Roten Fahne" und in den kommunistischen Flugblättern.

Alles in allem, besonders im Vergleich mit der letzten Wahl, zeigt dieses Resultat, daß das Heil im Zusammenschluß und im entschlossenen Handeln des alten gewerkschaftlichen, sozialdemokratisch geschulten Kerns der Organisation liegt. Dieser muß dafür sorgen, daß die große Masse der Angeekelten und Hinausgegraulten wieder Lust bekommt, sich an den Veranstaltungen der Organisation zu beteiligen. Die Kritik der Kommunisten soll nicht unterbunden werden, solange sie sachlich bleibt. Kritik ist gesund. Aber die maßlose Hetze und persönliche Verreißung muß unterbunden werden. Dann werden die Kommunisten bald vor aller Augen sein, was sie wirklich sind: eine kleine Minderheit unerfahrener Unzufriedener.

Der amerikanische Gewerkschaftskongreß.

Der 42. Jahreskongreß der amerikanischen Federation of Labor verlief im gewohnten, ausgetretenen Gleise. Ueber den Geist, der diesen Gewerkschaftskongreß noch beherrscht, wird man sich ein Bild machen, wenn wir erwähnen, daß er mit einem Festgottesdienst eingeweiht und daß dem Kongreß von einem Pastoren der Segen erteilt wurde.

Es muß allerdings bemerkt werden, daß gerade die fortschrittlichsten Gewerkschaften dem amerikanischen Gewerkschaftsbunde nicht angehören. Die Mitgliederzahlen, die der amerikanische Gewerkschaftsbund aufweist, stehen in keinem Verhältnis zur Größe des Landes und seiner Industrie. Ende 1921 zählte er im ganzen, wie wir dem „Foreign Preß-Service" entnehmen, 3 165 635 Mitglieder, was gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang von 790 893 bedeutet.

Die Wiederwahl von Gompers haben wir seinerzeit bereits gemeldet. Die Wiederwahl von Gompers, seine 41., ist in diesem Jahr sogar einstimmig erfolgt. Die radikalen Elemente innerhalb der Federation, vertreten in den Eisenbahner-Fachverbänden (abgesehen von den vier großen Eisenbahner-„brotherhoods", die der Federation nicht angeschlossen sind) und dem Bergarbeiterverband, die beide auf den drei letzten Jahresversammlungen eine beachtliche Opposition aufgeboten hatten und auch in diesem Jahre über zusammen 30—40 Proz. der Vertreter verfügten, wurden auf der ganzen Linie tot manövriert durch die Gompersschen Taktiken, der in seiner Eröffnungsrede scharfen Protest erhob wegen der neuerlichen Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs gegen die Gewerkschaften. Ein Antrag der radikaleren Elemente auf Verschmelzung der Fachgewerkschaften in eine große Einheitsgewerkschaft wurde abgelehnt, desgleichen ein Antrag der jüdischen Delegierten, gegen die Maßnahmen zur Beschränkung der Einwanderung eine Entschließung zu fassen. Angenommen wurden Resolutionen gegen die Schiffahrtssubsidierungsbill und für eine Wiederaufnahme des Verfahrens im Fall der zum Tode verurteilten Kommunisten Sacco und Banzetti. Hinsichtlich Rußlands wurde eine Tagesordnung beschlossen des Sinnes, daß sich der Bund nicht berechtigt fühle, etwas zu unternehmen oder zu beschließen, das als Unterstützung oder als Billigung der Sowjets ausgelegt werden könnte, daß er jedoch dem russischen Volk seine Sympathie bezeuge und hoffe, daß es bald vom Sowjetregiment befreit werden würde. Mit anderen Worten, der amerikanische Gewerkschaftsbund lehnt jede Beziehung, auch jede Handelsbeziehung zu Sowjetrußland ab. Mit dieser Stellungnahme ist der amerikanische Gewerkschaftsbund nicht nur in der Arbeiterbewegung der ganzen Welt isoliert, er bleibt sogar hinter der französischen Regierung zurück, die sich für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland erklärt hat.

Es ist notwendig, das zu unterstreichen. Die amerikanischen Gewerkschaften sind heute die einzige größere Macht der organisierten Arbeiter Nordamerikas. Die sozialistischen Parteien sind nur ohnmächtige Gruppen. Man darf also, wenn man auf die Hilfe Amerikas für den europäischen Wiederaufbau rechnet, dabei nicht hoffen, daß uns seitens der amerikanischen Arbeiterbewegung irgendwelche ernsthafte Hilfe zuteil werden könnte. Diese traurige Wahrheit darf nicht vergessen werden.

Es wird wieder geschossen.

Eine Meldung aus Washington von gestern, kündigte energische Maßnahmen der amerikanischen Regierung gegen die Streikenden an. Diese Drohung ist schon verwirklicht worden. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" wurden bei Zusammenstößen zwischen Polizei und streikenden Bergarbeitern in West-Virginien insgesamt 25 Personen getötet und mehr als 41 Personen verletzt. Die Behörden, heißt es weiter in der Depesche, sind Herren der Lage.

Deutscher Holzarbeiterverband. Für folgende Bezirke und Branchen finden am Mittwoch, den 19. Juli 1922, zu derselben Zeit und in demselben Lokal, wo die am ersten Mittwoch des Monats stattfindenden Versammlungen tagen, Branchenvertrauensmännerversammlungen statt, zu denen auch die Betriebsräte zu erscheinen haben. Bezirke: Süden, Südost, Südwest und Schöneberg, Charlottenburg, Oberschöneweide, Östliche Vororte, Osten I, Osten II, Nordost, Norden, Lichterfelde, Nordwest. Branche der Laden- und Kontormöbeltischler, Drechsler, Polierer (Bez. Südost), Stockarbeiter, Theater- und Filmtischler, Korbmacher, Bautischler i. Kamm- und Haarschmuckarbeiter, Jalousiearbeiter, Küchenmöbeltischler. Tagesordnung wird in den Versammlungen bekanntgegeben. Restloses Erscheinen aller Vertrauensmänner und Betriebsräte ist Pflicht.

Die Ortsverwaltung.

Wirtschaft

Unterstützung deutscher wirtschaftlicher Auslandstätigkeit.

Das Auslands- und Kolonialschädengesetz vom Juli 1921 sieht vor, daß im Reichshaushalt jährlich ein Betrag festgesetzt wird, aus dem Auslandsdeutschen Unterstützung gewährt werden kann. Das soll besonders solchen Auslandsdeutschen gegenüber geschehen, an deren wirtschaftlicher Tätigkeit die Gesamtheit ein erhebliches Interesse hat. Zur genauen Prüfung dieser Frage ist die Mithilfe aller Berufszweige erforderlich, und das Reichsministerium für den Wiederaufbau hat daher vorgeschlagen, daß aus Vertretern der deutschen Gewerbe ein Ausschuß gebildet wird, der diese Dinge vom Standpunkt der deutschen Wirtschaft aus gründlich untersucht. Man glaubt, daß mit Hilfe dieses Ausschusses am ehesten festgestellt werden kann, ob ein über das Einzelinteresse hinausgehendes gesamtdeutsches Interesse vorliegt und deshalb ein besonderer Grund zur Förderung des betreffenden Auslandsunternehmens vorhanden ist. Dieser Ausschuß soll zusammen mit dem Aufbauministerium die einzelnen Fälle genau prüfen und entscheiden, was zu geschehen hat. Man wird die Schaffung dieses Ausschusses nur begrüßen und hoffen dürfen, daß es mit seiner Hilfe gelingen wird, die wirtschaftliche Tätigkeit im Auslande wieder in Gang zu bringen.

Die Tätigkeit der Auslandsdeutschen ist vor dem Krieg für die deutsche Wirtschaft von erheblicher Bedeutung gewesen, und es wäre erfreulich, wenn sie bald wieder einen neuen Aufschwung nähme. Besonders würde es von großem Nutzen sein, wenn auf diese Weise die Gründung von Filialen und Tochtergesellschaften draußen — besonders über See — gefördert und es dem deutschen Handel dadurch erleichtert würde, auch dann Auslandsgeschäfte zu machen, wenn die die Ausfuhr begünstigenden gegenwärtigen Valutaverhältnisse sich geändert haben werden. Daß deutsche Geschäftsleute im Ausland wieder festen Fuß fassen, ist um so nötiger, als bekanntlich die Liquidation der deutschen Auslandsunternehmungen infolge des Friedensdiktats die wirtschaftliche Tätigkeit äußerst erschwert hat. Für den Ausschuß sind letzthin vom Reichswirtschaftsrat 12 ordentliche sowie 12 stellvertretende Mitglieder ernannt worden. Man kann annehmen, daß der Ausschuß bald mit seiner Arbeit beginnen wird.

v. w. k.

Gegen Auswüchse im Wandergewerbe und Straßenhandel.

Der preußische Justizminister hat folgende Verfügung erlassen:

Nach mannigfachen Wahrnehmungen haben sich im Wandergewerbe erhebliche Mißstände herausgebildet. Insbesondere wird über das starke Auftreten von sogenannten wilden Händlern geklagt, die, ohne in dem Besitz ordnungsmäßiger Ausweispapiere zu sein und ohne sich um die im § 56 der Reichsgewerbeordnung festgelegten oder sonst ergangenen Verkaufsverbote bestimmter Waren zu kümmern, vorzugsweise in ländlichen Ortschaften Waren von oft zweifelhafter Beschaffenheit und Herkunft abzusetzen versuchen. Aehnliche Mißstände sind in steigendem Maße in dem sogenannten wilden Straßenhandel in den Großstädten hervorgetreten. Diese Auswüchse sind geeignet, der Allgemeinheit schweren Schaden zuzufügen. Nicht nur werden die Kauflustigen häufig mit Waren bedient, die geheime Fehler haben oder sonst minderwertig sind, sondern es werden auch auf diese Weise den Dieben und Hehlern besonders leichte Absatzmöglichkeiten für gestohlene Waren geboten und zugleich dem Staate und den Gemeinden vielfach Steuern hinterzogen.

Die Strafverfolgungsbehörden werden daher angewiesen, derartigen Auswüchsen, soweit sie der strafrechtlichen Ahndung unterliegen, mit Nachdruck entgegenzutreten und durch Stellung entsprechend höherer Strafanträge unter Ausnutzung der durch das Geldstrafengesetz vom 21. Dezember 1921 erhöhten Strafrahmen auf eine empfindliche Bestrafung hinzuwirken.

Konsumvereine und Kohlenhandel. Der Zentralverband der Kohlenhändler Deutschlands und sein Organ, die „Deutsche Kohlenzeitung", bemühen sich seit dem Bestehen des Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft und der Errichtung des Reichskohlenrats im Jahre 1919 nachzuweisen, daß es nicht möglich sei, die Konsumgenossenschaften und deren Handelszentralen dem Kohlenhandel gleichzustellen. Bei den Kohlensyndikaten ist das gleiche Bestreben vorhanden. In den Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft wird im § 47 vom Reichskohlenrat gesagt, er „leitet die Brennstoffwirtschaft einschließlich der Ein- und Ausfuhr nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen unter Oberaufsicht des Reiches nach Maßgabe der folgenden Vorschriften". Vom Reichskohlenverbande (Vereinigung der Syndikate) heißt es im § 63: „Er sorgt dafür, daß Verbrauchergenossenschaften und deren Vereinigungen bei sonst gleichen Voraussetzungen mit Wiederverkäufern gleichbehandelt werden." — Nachdem dieses festgelegt war, glaubten viele Genossenschafter, daß endlich die Bahn frei sei zum gemeinsamen Bezuge von Brennstoffen. Wenn auch die Kohlenknappheit große Schwierigkeiten in der Beschaffung bedeutet, so verlangen die Genossenschaften nicht mehr als in gleicher Weise beliefert zu werden wie der Kohlenhandel. Alle Schwierigkeiten, die durch die Zwangswirtschaft im Kohlenhandel bestehen, würden für die Genossenschaften nicht so schwer wiegen, wenn nicht immer noch eine offene Zurückhaltung in der Belieferung durch die Syndikate und deren Vertriebsgesellschaften bestände. Seit der Errichtung des Reichskohlenrats findet ein Kampf der Vertretung der Genossenschaften gegen dieses Unrecht ohne Erfolg statt. Wenn es so weitergeht, wird der Reichstag alle Ursache haben, nachzuprüfen, ob dies Verhalten seinen im Gesetz zum Ausdruck gebrachten Wünschen entspricht.

Die Welttonnage. Es sind im letzten Jahre 4 341 679 Tonnen neue Handelsschiffe in der Welt gebaut worden, 1 520 000 weniger als 1920, immerhi aber eine Million mehr als 1913, obwohl dieses Jahr den Höhepunkt im Handelsschiffbau vor dem Kriege darstellte. Es sind zumeist bereits im Bau begriffene Schiffe 1921 beendet worden; im Jahre 1922 hat man in der ganzen Welt mit dem Bau von nur 150 000 Tonnen neu begonnen. — Das amerikanische Parlament beschäftigt sich gegenwärtig mit einem Gesetzentwurf, wonach die Handelsschiffahrt vom Staat subventioniert werden soll. Die amerikanische Handelsflotte hat bekanntlich seit dem Kriege eine unerhörte Zunahme erfahren; während sie 1914 etwas über eine Million Tonnen betrug, war sie 1921 auf mehr als 11 Millionen angewachsen, eine über tausendprozentige Zunahme. Von dem Zuwachs entfielen auf das staatliche Schiffahrtsamt beinahe acht Millionen Tonnen, d. h. 80 Proz. Nun wird aber der Staat diese Schiffe an Privatunternehmer verkaufen; kein Zweifel, daß dabei die Schiffahrtskapitalisten große Werte zu geringen Preisen erwerben werden. Da jedoch die Inbetriebhaltung der Schiffe infolge der Krise augenblicklich nicht lohnend ist, sollen die Schiffahrtsgesellschaften außerdem noch staatliche Subvention auf Kosten der Steuerzahler und zur Störung der Konkurrenzverhältnisse der ausländischen Schiffahrt erhalten.

Die Lage der russischen Textilindustrie. Der wirtschaftsamtlichen „Ekonomitschéskaja Shisn" zufolge, hat die sowjetrussische Textilindustrie nach ihrer Zusammenfassung zu autonomen Trusts einen erheblichen Aufschwung genommen. Die Produktion der 14 Trusts, in denen die Mehrzahl der Baumwollwebe-Industrie mit 80 Proz. der Gesamtzahl der Spindeln und 70 Proz. der Webstühle zusammengefaßt ist, stieg im Halbjahr Oktober 1921 bis März 1922 mit 205 Millionen Arschin auf 10 bis 12 Proz. der Vorkriegszeit, während sie für die Jahre 1921 und 1920 nur 4 bzw. 3 Proz. betragen hatte. Gleichzeitig wurde eine bessere Ausnutzung der Betriebsmittel und eine Hebung der Produktivität der Arbeiter erreicht. Die im März eingetretene Absatzkrise hat jedoch die Produktion wieder unterbunden; sie nimmt seit dem April wieder ab und neuerdings wird die Stillegung von 25 Proz. der Betriebe erwogen. Die Berichte der einzelnen Textiltrusts geben als weiteres Hindernis, außer der Kreditnot, den Mangel an Farben, Schmieröl, Ersatzteilen und Maschinen usw. an, die früher aus dem Auslande bezogen wurden. Der Bericht eines Moskauer Baumwollwebetrusts weist ferner auf den in naher Zukunft drohenden Mangel an Rohbaumwolle hin und äußert die Befürchtung, daß die Baumwoll-Monopolverwaltung den Bedarf der Industrie nicht werde decken können.

Liebesgabensendungen für die Sowjetukraine. Der Rat der Volkskommissare der Ukrainischen Sowjetrepublik hat am 6. Juni 1922 eine Verfügung über die zollfreie Einfuhr von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln erlassen, die vom Auslande nach der Ukraine an die Adresse von Wohlfahrtsorganisationen geschickt werden. Diese Verfügung ist vorläufig bis zum 1. Januar 1923 gültig und bezieht sich auf Lebensmittel, Kleider, Wäsche, Schuhzeug, Seife, Medikamente, ärztliche Instrumente usw. Nähere Auskünfte erteilt die ukrainische Handelsvertretung in Deutschland, Berlin W. 15, Joachimsthaler Straße 35.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Klühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Gold-, Silber-, Platin-
Gegenstände und Bruch
Brillanten Zahngebisse
Die höchsten Preise zahlen stets
Gebr. Fuhrmann, Hollendorfstr. 39
1 Min. v. Nollendorfpl.

Metall-Bettstellen
Fürst, Neukölln, Hermannstr. 88
Kinderwagen
Bettfedern
Korbmöbel
Fabr. f. Ruhebett., Auflegematratz. u. Feldbettstellen.
Fabrikpreise. Lieferung in Neukölln und angrenzende Gegend frei Haus.

Vorwärts-Inserate verbürgen Erfolg!

Gold Silber Platin
Bruch
Zahngebisse
Erich Fuhrmann
Gotzkowskystr. 13

Geschlechtskranke
Syphilis, Männerschwäche, Frauenleiden, Hartnäckige veraltete Ausflüsse finden schnelle Hilfe ohne Berufsstörung durch
Phorosanos
neues deutsches Reichspatent
Tausende, auch die schwersten Fälle, die anderweitig jahrelang ohne Erfolg behandelt waren, werden d. Phorosanos kurzfristig geheilt. Täglich viele Danksagungen u. Dankschreiben. Untersuchung und Aufklärung kostenlos. Teilzahlung. Gewissenhafte ärztliche Leitung. Phorosanos Heilanstalten: Potsdamer Str. 109, nahe Steglitzer Str., Brunnenstr. 191, nahe Rosenthaler Platz. — Getrennt für Herren und Damen. — Sprechst. 10—1, 4—7, Sonntags 10—12.

Strickjacken
aller Art, Jumper, Kimonos, Strandjäckchen etc. — Einzelverkauf bester Qualitätsware
Billigste Bezugsquelle
Bruno Richter, Berlin-Pankow, Mendelstr. 36, I.
Fabrik-Niederlage thüring. Wollwaren.
Straßenbahn: 46, 47, 49, 51, 99, 151, 116.
Fernruf: Pankow 3723.

Quecksilber
kauft höchstzahlend
Heinrich Trapp, Beuthstr. 10
(Laden nahe Spittelmarkt)

Sie kaufen
gut und noch äußerst preiswert
in der Tabakwaren-Großhandlung
Walter Krausse
G. m. b. H.
Hasenheide 119, am Hermannplatz
Das Geschäft mit den Josetti-Schildern.

Metall
Osten
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing
Blei, Zink etc.

Meine Herren!
Einen wirklich guten Anzug
Mantel oder Hose kaufen Sie zu weit rückständigen Preisen
Große Auswahl
Gelegenheit der Bekleidungsindustrie
Alexandrinenstraße 118
Hochb. Prinzenstr. — Fahrtvergütung

Fahrräder!
Koch, Neukölln
Bergstr. 55, Laden

Zeitungspapier
gebündelt, kgl. 60
Haus-, Wein-, Lumpen, Flaschen
hohe Preise
Neukölln, Weserstr. 179
Fernspr.: Neuk. 281

Restehandlg.
Haarpuder
Gollstr. 2
Seiden, Samt, sämtliche Futterartikel bedeutend unter Preis

Stoff-Reste-Haus
A. M. Steinhardt
18 Cottbuser Damm 18
Schöne Reste in Frotté, Voile, Gabardine, Tuch usw. Reste für Herren-Anzüge, Schlüpfer
Ia Qualitäten.
Staunend billig!

Gold Silber Platin
Bruch
usw.
Kupfer, Zinn
sowie sämtliche Altmetalle zu En gros-preisen
Metallschmelze
Mariannenstr. 12

Gardinen
Sonderangebote u. Gelegenh.-Käufe in Resten
Stores, Bettdecken, Madras- und Künstlergardinen.
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof.